

## Start der Volksinitiative „Mussische Bildung jetzt!“ Musikschulen wollen mehr Geld

Die Musik- und Kunstschulen in Brandenburg klagen über leere Kassen. Am Mittwoch haben sie in Potsdam eine Volksinitiative gestartet, um mehr Geld vom Land zu bekommen. Seit über einem Jahrzehnt seien die Einrichtungen unterfinanziert, klagte die Initiative „Mussische Bildung jetzt!“.

Eine Volksinitiative für eine Besserung Finanzierung der Kunst- und Musikschulen ist jetzt in Brandenburg gestartet.

Quelle: dpa



**Potsdam.** Brandenburgs Musikschulen sind verstimmt. Gemeinsam mit den Kunstschulen fordern sie die Landesregierung auf, jährlich 4,5 Millionen Euro mehr in ihre Arbeit zu investieren. Am Mittwoch startete ihr Landesverband deshalb eine Volksinitiative. Das Motto: „Mussische Bildung Jetzt!“

„Das ist ein Gesetz mit Knochen, aber ohne Fleisch“, sagt Verbands chef Hinrich Enderlein mit Blick auf das im Februar geänderte Musik- und Kunstschulgesetz. Das Land habe die Ansprüche erhöht, aber die Finanzierung nicht angepasst, so Enderlein, der von 1990 bis 1994 Kulturminister in Brandenburg war. Ohne weiteres Geld vom Land drohe ein Wegfall der gezielten Arbeit mit Behinderten und der Förderung von hochbegabten Schülern. Die Elternvertretung der Musik- und Kunstschulen fürchtet, dass sich die Beiträge erhöhen, falls die Volksinitiative scheitert. Bislang zahlen Eltern monatlich rund 50Euro pro Schüler. „Viele Eltern haben mehr als ein Kind und erreichen schon die Grenze des Bezahlbaren“, sagt die Vorsitzende der Landeselternvertretung, Sonja Krischke.

Wenn die Musik- und Kunstschulen innerhalb eines Jahres mindestens 20.000 gültige Unterschriften sammeln, muss sich der Landtag mit dem Anliegen befassen. Konkret wird gefordert: Für ihre Kernaufgaben sollen die Schulen 5,6 Millionen Euro erhalten. Bislang sind es 2,6 Millionen. Über den gewöhnlichen Unterricht hinaus unterstützt das Kulturministerium mit 1,3 Millionen Euro Projekte, in denen Musik- und Kunstschulen etwa mit Kitas, Grundschulen und Behinderteneinrichtungen kooperieren. Auch dieser Topf soll voll werden, die Initiative verlangt 2,8 Millionen Euro.

Das Kulturministerium verteidigt das Förderprogramm gegen die Kritik. Die Landesregierung habe die musische Bildung der Kinder und Jugendlichen gestärkt, sagt Ministeriumssprecher Hans-Georg Moek. „Wir haben in dieser Legislaturperiode den Etat für musische Bildung um die Hälfte erhöht.“ Auch die Kritik, künftig den Einzelunterricht zu schwächen, weist er zurück. „Wir wollen den Einzelunterricht nicht schwächen, sondern sinnvoll einsetzen“, so Moek. Wenn Hochbegabte einzeln gefördert werden, erfülle das ein klares Ziel. Bestimmte Instrumente, etwa Blechbläser, seien aber in vielen Fällen am besten im Ensemble zu lernen.

Die Oppositionsparteien im Landtag unterstützen die Volksinitiative. „Über Musik und Kunst nur zu reden, reicht nicht, sie muss auch vermittelt werden können“, sagt Anja Heinrich, kulturpolitische Sprecherin der CDU. Bislang verlange die Regierung „Masse statt Klasse“. „Rot-Rot lässt die kulturelle Bildung für Brandenburgs Kinder links liegen“, findet die Grünen-Abgeordnete Ursula Nonnemacher.

Von Maurice Wojach